GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XIX. SEPTEMVRIE-OCTOMVRIE / SEPTEMBRE-OCTOBRE / SEPTEMBER-OCTOBER 1941. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 9-10

Zusammenarbeit.

Von: **Dr. Josef Fodor.**

Stellen wir die Frage, ob das ifi Rumänien lebende Ungartum ausser der ehrlichen Erfüllung seiner Staatsbürgerpflichten sich an solcher Arbeit beteiligt, die mit der rumänischen Gesellschaft gemeinsam wirkend zur Verwirklichung des wahrhaft Gutem beiträgt?

Mit freudiger Genugtuung können wir antworten: das Ungartum Rumäniens schloss sich bereitwillig allen jenen Betätigungen der rumänischen Gesellschaft an, die das Wohl im Lande lebenden Völker bezwecken und diente so der Solidarität unter allen, in Mitteleuropa lebenden Völkern.

Die Feststellung dieser Tatsache ist heute umso bedeutungsvoller, als durch die Verstärkung derartiger Zusammenarbeit mit zäher Ausdauer auch tiefe Kluften zu überbrücken möglich sind. Solch gemeinsames Wirken, sowie das zur Abwehr der Bolschewikengefahr gemeinsam vergossene Blut kann so edlen Samen tragen, der in die Seelen beider Völker gestreut, zu versöhnenden und ausgleichenden Ernte reifen kann.

Zwei Gebiete solch gemeinsamer Betätigung wollen wir nun erwähnen, deren zeitgemässe Eigenart ihre Bedeutung besonders hervorhebt.

An der Arbeit des, zur Linderung des in Kriegszeiten naturgemäss erscheinenden körperlichen und seelischen Nöte geschaffenen, auf der ganzen Welt verbreiteten Roten Kreuzvereines beteiligt sich das Ungartum Rumäniens moralisch und materiell — nach Möglichkeit — gerne, vordem ebenso wie heute. Das Rumänische Rote Kreuz, an dessen Spitze Mitglieder der königlichen Familie und die gewiegtesten Prominenten des rumänischen Volkes stehen, trachtet so alle gemeinsamen Leiden

und Heimsuchungen zu lindern, dass die Ungarn Rumäniens sich dessen Arbeit anschlossen in der Form freiwilliger Meldung. Als unsere sozialen Organisationen die Einnahmen ihrer Veranstaltungen dem Rumänischen Roten Kreuz anboten, wollten auch wir mithelfen, damit im Lande weniger Jammer und Not würde. Auch unsere Jugend begreift dies gemeinsame Streben erfreulicherweise und ist in jeder Hinsicht bereit, ihm nach Möglichkeit zu dienen. Die neuliche Veranstaltung der ungarischen katholischen Jugend von Timişoara brachte dies Trachten zum Ausdruck und auch der Ungarische Frauenverein bereitet dort ähnliches vor.

Die wichtigsten Träger der Lebenskraft und der kulturellen Tätigkeit eines Volkes sind nicht die unverhältnismässig vergrösserten Städte — diese Lebenswahrheit wurde massgebenden Kreisen mahnend bewusst. Legt der Staat nur auf die Obhut und Entwicklung seiner Grosstädte Gewicht und vernachlässigt dabei seine Dörfer, worauf die Zuwanderung der Dorfbewohner in die Städte folgt, so führt der Staat solche soziale Probleme herbei, deren Auswirkungen die Grundfesten des Staates erschüttern können. Ebendarum trachtet heute schon jeder Staat, durch die Hebung des Wohlstandes der Dörfer ein gesundes Gleichgewicht herzustellen. Das zu Ausschreitungen leicht geneigte Proletariat ergibt sich meist aus Solchen, die dem Dorf entwurzelt, der Stadt zuwanderten. Die Hebung des Lebensniveaus der Dörfer ist also eine Arbeit, die mittelbar dem massenhaften Entstehen städtischen, wurzellosen Elementes — dem Warmbeet des Bolschewismus — Hindernisse legt.

Demnach ist begreiflich, dass dem vortrefflichen Werk des weltbekannten Bucureşti er Universitätsprofessors Dimitrie Gusti über Dorfkunde auch in ungarischen Kreisen begeisterte Aufnahme zuteil wurde. Ungarische Jünglinge vertieften sich in die Ausführungen des Professor Gusti und seiner hervorragenden Mitarbeiter und schlossen sich — wenn die Möglichkeit gegeben war — der Forscherarbeit und -pflege der „königlichen Abteilungen" an. Mehrere Aufsätze von ungarischen Jünglingen, die Dorfkunde betreiben, erschienen in der, unter der Leitung des Universitätsprofessors Gusti erscheinenden Zeitschrift „Sociologia Românească". Und als unsere sozialen Vereine nach dem rumänischen Beispiel sich mit erhöhtem Interesse unseren Dörfern zuwandten, dienten sie dem selben Zweck, wie Profes-

sor Gusti und die rumänische Dorfkunde: durch gesunde Dörfer die Ruhe des Staatslebens zu sichern.

Im Dienste gemeinsamer Aufgaben fühlt sich das im Lande lebende Ungartum auch in anderer Beziehung bereit zusammenzuarbeiten. Die gemeinsame Tätigkeit wird sich umso weiter ausgestalten, je weniger um das heute so schwierige und drückende materielle und völkische Dasein zu kämpfen sein wird.

Die Judenfrage in Ungarn.

Diese Schilderung abernehmen wir aus dem Septemberheft der Zeitschrift *Nation and Staat.*

Als im luni vorigen Jahres das ungarische Abgeordnetenhaus einen neuen Arbeitsabschnitt begann, war man in innerpolitischen Kreisen der Ansicht, dass Ministerpräsident Ladislaus von Bárdossy an die Verwirklichung seines Reformprogramms herantrete. Der Ministerpräsident wies bereits in seiner Antrittsrede auf die brennendsten Probleme des Landes hin und erklärte schon damals, dass die Judenfrage durch ein allgemeines, in ganz Europa gültiges Gesetz geregelt werden müsse. Es gebe aber gewisse, sich ausschliesslich auf Ungarn beziehende Sonderfragen, deren Lösung der heutigen Regierung obliegen. So kam es zu der Gesetzesvorlage über das Verbot der Mischehen mit Juden und der Einschränkung der Zahl der jüdischen Rechtsanwälte in der ungarischen Rechtsanwaltkammer.

Das ungarische Abgeordnetenhaus behandelt diese Gesetzesvorlagen abweichend von den bisherigen 4-Stunden- in 8-Stunden-Sitzungen, um sie möglichst rasch zum Gesetz zu erheben. Im Laufe der Aussprache über die Gesetzentwürfe gaben die einzelnen Abgeordneten sowohl der Regierungspartei als auch der rechtsoppositionellen Parteien ein aufschlussreiches Bild über die Lage des Judentums in Ungarn. Der Führer der Partei „Ungarische Erneuerung", Béla von Imrédy, übte scharfe Kritik an der Politik der bisherigen Regierungen und erklärte, dass jede Nation eine bestimmte Lebensform brauche. Diese Lebensform sei entweder der Parlamentarismus oder das autoritäre System. Wenn die Regierung das autoritäre System bevorzuge, dann müsse eben eine Volksabstimmung zur Durchführung kommen, um die Ermächtigung zu diesem System zu erhalten. Da heutzutage Ungarn durch den Parlamentarismus regiert

werde, sei die Regierung verpflichtet, auf Grund dieses Systems vorzugehen. Deshalb hätten auch die rechtsoppositionellen Parteien das Recht, im ungarischen innerpolitischen Leben zu bestimmen.

Béla von Imrédy schilderte dann die Entwicklung des ungarischen Wirtschaftslebens vom Jahre 1924 an und erklärte, dass die damaligen Regierungen unverantwortlich gearbeitet haben. Als er die damaligen verantwortlichen Faktoren auf die grundlegenden Fehler ihrer Wirtschaftspolitik aufmerksam gemacht habe, sei er ausgelacht worden. Er zog dann eine Bilanz über die Tätigkeit der Regierung. Seit dem Jahre 1938 seien kaum einige neue Gesetzesvorlagen eingereicht worden. Das zweite Judengesetz und die Gesetzesvorlage zur Lösung des Bodenproblems wären noch unter seiner Ministerpräsidentschaft dem Parlament unterbreitet worden. Auch der Gedanke zur Gründung eines Fonds zum Familien- und Volksschutz stamme aus der Zeit seiner Regierungstätigkeit.

Der Führer der Partei der „Ungarischen Erneuerung" kam dann auf die Frage der Entjudung des ungarischen Wirtschaftslebens zu sprechen und wies darauf hin, dass er im Laufe seiner Regierungstätigkeit die Namen all jener zusammenschreiben Hess, die bei der Lösung dieses Problems die Juden ersetzen könnten. Die Namensliste enthielt ungefähr 500 bis 600 Namen. Die angeführten Personen waren alle als kleine Beamten bei den einzelnen Wirtschaftsunternehmen tätig und hätten ohne Schwierigkeiten in kürzester Zeit die führenden Stellungen ihrer Betriebe übernehmen können. Mit seinem Rücktritt sei aber auch diese Namensliste verschwunden. Auf die Frage der sozialdemokratischen Gewerkschaften übergehend, erklärte Abgeordneter Imrédy, dass die Nation noch in verschiedene Klassen gespalten sei und das die Arbeiter Mitglieder der den Klassenkampf verkündenden sozialdemokratischen Gewerkschaften seien. Er sprach dann anerkennend über die Tätigkeit der nationalen Arbeitszentrale, in der die nationalgesinnten Arbeiter erfasst werden.

Im Zuge der Behandlung der Gesetzesvorlage über die Rechtsanwaltskammer kamen auch andere Abgeordnete auf die grosse Verhältniszahl der Juden im ungarischen Wirtschaftsleben zu sprechen. So hiess es zum Beispiel in einer Rede, dass von 6599 in dem Katalog der Rechtsanwaltskammer ein-

getragenen Advokaten 3037, also 46%, Juden sind. Diese 46% umfassen aber nur jene Juden, die auf Grund des G. A. IV vom Jahre 1939 als solche gelten. Nimmt man die getauften Juden und die Halbjuden hinzu, so steigt diese Verhältniszahl auf 70%. Der Abgeordnete begrüsste deshalb mit Begeisterung die Gesetzesvorlage der Regierung und betonte, dass sie geeignet sei, auf diesem Gebiet einmal Ordnung zu schaffen. Die Einreichung der Gesetzesvorlage sei um so wichtiger gewesen, da z. B. in Budapest von 3245 Advokaten nur 1000 Arier sind, während 300 zwar zur jüdischen Rasse gehören, aber unter die Ausnahmebestimmungen fallen. Die Rechtsberater der grossen Budapester Unternehmungen setzen sich jedoch aus diesen 300 „getauften" Rassejuden zusammen. Als Juden treten sie selbstverständlich für die Interessen des Judentums ein, anderseits aber haben sie Gelegenheit, alle Vorteile auszunützen, die einem arischen Rechtsanwalt zustehen. In der weiteren Motivierung der Gesetzesvorlage wiesen dann die Abgeordneten darauf hin, dass auf 1000 arische Advokaten jährlich 1,000.000 Pengő Nettoverdienst entfalle, während die übrigen 8,000.000 Pengő den 2000 jüdischen Advokaten zugute kommen. Von 100 der bestverdienenden Budapester Rechtsanwälten sind 17 Arier, 48 fallen unter die sogenannten Ausnahmebestimmungen und 35 sind Rassejuden. Die 17 Arier jedoch sind ausnahmslos Mitglieder jüdischer Interessengemeinschaften und Vertreter des jüdischen Internationalismus. Die 300 grössten ungarischen Unternehmungen, die in Form von verschiedenen Gesellschaften funktionieren, beschäftigen 600 Rechtsanwälte, von denen 588 Juden sind.

Es ist nun verständlich, wenn die ungarische Regierung alles daransetzt, um diese Missstände zu beseitigen, wobei sie nicht nur von der eigenen Partei, sondern auch von den rechtsoppositionellen Parteien unterstützt wird. Es ist für die Stimmung der Abgeordneten in der Regierungspartei charakteristisch, dass ihr Sprecher fast schärfere Massnahmen gefordert hat, als die Rechtsoppositionellen selbst. Als im Laufe der Debatte auch ein jüdischer Abgeordneter, der zu dem kleinen Klüngel sozialdemokratischer und liberalistischer Abgeordneter gehört, das Wort ergriff, Verliesen nicht nur die rechtsoppositionellen, sondern auch die Abgeordneten der Regierungspartei demonstrativ den Sitzungssaal. Liest man die Motivierung der Gesetzesvorlage zur Lösung der Judenfrage innerhalb der Rechtsanwaltskammer,

so versteht man, dass das ungarische Abgeordnetenhaus einstimmig für die Gesetzesvorlage eintrat und der Regierung für die Unterbreitung dieses Gesetzesentwurfes begeisterte Ovationen bereitete.

Im Zuge der Regelung der Judenfrage kam es auch zu der Einreichung der Gesetzesvorlage bezüglich des Verbotes der Mischehen mit Juden. Schon der verstorbene Ministerpräsident Graf Paul Teleki erklärte in einer seiner Reden, dass es in Ungarn ausser den 800.000 Juden noch 200.000 Mischlinge gebe, die den verschiedenen christlichen Konfessionen angehören. Um die weitere Blutvermischung zwischen Ariern und Juden zu verhindern, hat nun die ungarische Regierung diesen Gesetzesentwurf dem Abgeordnetenhaus unterbreitet. Er enthält jedoch — ausserhalb der Judenfrage — auch Bestimmungen über die ärztliche Untersuchung vor der Eheschliessung, über die Einführung der Ehestandsdarlehen, um die Eheschliessung auch ärmeren Staatsbürgern zu erleichtern. Der Justizminister betont in der Begründung des Gesetzesentwurfes, dass man, um die Gefahr der jüdischen Mischehen richtig zu erkennen, nicht die 800.000 Juden des Landes den 13,000.000 Nichtjuden entgegenstellen dürfe, sondern in Betracht ziehen müsse, dass die Mischehen, die fast ausschliesslich im Rahmen der städtischen Bevölkerung geschlossen werden, das Judenproblem sehr komplizieren. Bei der städtischen Bevölkerung, die bekanntlich das geistig-politische Antlitz einer Nation bestimmt, sei jedoch der Anteil der Juden ein bedeutend höherer als im Durchschnitt des Landes. Die Zahl der Mischehen mit Juden belief sich im Jahre 1936 auf 1126, also 14,17%. Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm auch diese Gesetzesvorlage einstimmig an, im Oberhaus kam es jedoch zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei in erster Reihe die Kirchenfürsten und dann jene Schicht des Aristokratentums, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Sanierung ihrer Wirtschaftslage mit reichen Juden oder Jüdinnen Ehen eingegangen sind, die Annahme der Gesetzesvorlage zum Scheitern bringen wollten. Fürstprimas Serédy sprach gegen die Gesetzesvorlage der Regierung, wies in seiner Rede auf die kirchenpolitischen Kämpfe im Jahre 1894 hin und forderte die Aufhebung der obligatorischen bürgerlichen Ehe. Obwohl kaum jemand in Ungarn, ausser den Rassenjuden und mit Juden Versippten, gegen die Gesetzesvorlage der Regierung

Einspruch erhoben hat, wies der Fürstprimas doch darauf hin, das er im Namen seiner katholischen Glaubenskinder spreche, die zwei Drittel der Bevölkerung des Landes ausmachen. Er erklärte, dass die katholische Kirche „ewige Wahrheiten" verkünde und deshalb sich der öffentlichen Meinung nicht anpassen könne. Diese „ewigen Wahrheiten" verpflichten ihn, den Vertreter der katholischen Kirche in Ungarn, gegen das Verbot der Mischehen mit Juden Stellung zu nehmen. Jedermann habe das Recht, in eine Ehe einzugehen, deshalb dürfe der Staat keine künstlichen Ehehindernisse schaffen. Die katholischen Bischöfe Ungarns, so erklärte der Fürstprimas, nehmen gegen die Gesetzesvorlage der Regierung Stellung.

Fürstprimas Serédy sprach sich dann gegen die ärztliche Untersuchung vor der Eheschliessung aus und betonte, dass auch die Kranken das Recht hätten, eine Ehe einzugehen. Die katholische Kirche könne unter keinen Umständen unter ihren Glaubenskindern einen Unterschied machen. Sie habe die Juden genau so lieb wie die anderen. Man müsse die Assimilation der Juden fördern, um die Bevölkerung des Landes sowohl quantitativ wie auch qualitativ zu heben. Dieses Gesetz, so heisst es dann in der Rede weiter, stelle für den ungarischen Staat eine grosse Gefahr dar, und sei der Gegensatz zu jenen Assimilationsbestrebungen, die seit dem 19. Jahrhundert von amtlichen Regierungsstellen gefördert und als wünschenswert hingestellt wurden. Es gab aber auch im ungarischen Oberhaus Stimmen, die für die Gesetzesvorlage eintraten, so dass sich der Wille des Abgeordnetenhauses und der Regierung mit Unterstützung eines Teiles der Oberhausmitglieder durchsetzen konnte. Es wurden jedoch in den einzelnen Punkten Änderungen vorgenommen, die aber eher als eine Verschärfung als eine Milderung angesehen werden können. So wurde durch einen neuen Paragraphen auch der ausserehelichе Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden verboten. In diesem Paragraphen wird der ausserehelichе Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden mit Gefängnis bis zu 3 Jahren, mit Amtsverlust und Suspendierung der politischen Rechte geahndet. Wenn der Jude sich eine nichtjüdische Frau ungarischer Staatsangehörigkeit durch Betrug, Gewalt oder Drohungen zuzuführen trachtet, so kann er mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft werden.

Auch der § 9 wurde abgeändert, indem man den Begriff

des Juden erneut festgesetzt hat. Demnach wird derjenige als Jude betrachtet, der Mitglied der jüdischen Kultusgemeinde ist oder zwei Juden zu Grosseltern hat. Derjenige, dessen Grosseltern zwar zu 50% Juden sind, der aber selbst als Mitglied einer christlichen Konfession geboren wurde und auch später Mitglied dieser christlichen Kirche blieb, wird als Nichtjude betrachtet, wenn auch seine Eltern zum Zeitpunkt ihrer Eheschliessung Mitglieder einer christlichen Konfession waren. Ein Halbjude, der auf Grund dieses Paragraphen als Nichtjude gilt, darf weder mit einem Volljuden noch mit einem christlichen Halbjuden eine Ehe schliessen.

Man erblickt in ungarischen innerpolitischen Kreisen in der Annahme dieser Gesetzesvorlage nicht nur den ersten Schritt der Regierung zur Lösung der Judenfrage, sondern auch den ersten Sieg, den Ministerpräsident Ladislaus von Bárdossy dadurch errungen hat. Man meint weiterhin, dass Ladislaus von Bárdossy auch in der weiteren Gesetzgebung die Beseitigung der Juden aus dem ungarischen Wirtschaftsleben anstreben werde.

Das deutsche Umsiedlungswerk macht Schule.

Umsiedlung aller ausserhalb Ungarns lebenden Madjaren.

Die nachstehende Zeilen lesen wir in der „Südostdeutsche Tageszeitung" No. 183 von 19. Oktober.

Auf Grund der Erfahrungen und der Ergebnisse, die die deutschen Umsiedlungsmassnahmen mit sich gebracht haben, sind in letzter Zeit auch in Ungarn Massnahmen getroffen worden, um die Auslandsmadjaren wieder heimzusiedeln. Die Rücksiedlung der Madjaren aus Serbien wird nun von den zuständigen Budapester Stellen als im wesentlichen abgeschlossen bezeichnet. Durch den Frieden von Trianon waren mehr als 3 Millionen Madjaren von Ungarn getrennt worden. Durch die Rückführung der abgetrennten Gebiesteile sind bereits mehr als 2 ein halb Millionen wieder eingesiedelt worden, so dass noch etwa eine dreiviertel Mill. in anderen europäischen Staaten leben. So hat man die vor 150 Jahren nach dem Buchenland ausgewanderten Szekler in der Batschka wieder angesiedelt. Die

13.000 Köpfe zählende, aus 1921 Familien bestehende Szekler Volksgruppe wurde auf einer Gesamtfläche von rund 20.000 Joch angesiedelt. Das ihnen zugewiesene Land können die Ansiedler ab 1. Januar 1943 in 47 Jahresraten käuflich erwerben. Bis zum Beginn der Ratenzahlungen sind sie zu keiner steuerlichen Leistung verpflichtet. Auf Grund dieser Erfahrungen wurde nunmehr auch der Gedanke gefasst, die Rücksiedlung der Madjaren aus Nordamerika, aus westeuropäischen Industriegebieten, aus der Moldau, aus dem Burgenland und aus Rumänien wieder vorzunehmen. In der Ostmark leben rund 15.000 Madjaren, während in der Slowakei etwa 50.000 Madjaren angesiedelt sind. Um die Streusiedlungen unter weniger günstigen Umständen lebenden Madjaren in Kroatien zu erfassen, wird der Gedanke eines Austausches der ungarischen Kroaten und der kroatischen Madjaren erwogen. Noch zu lösende Fragen bestehen hauptsächlich zwischen Ungarn und Rumänien, da hier die grössten Volksgruppen gegenseitig betreut werden müssen.

Vom Ergebnis der Sprachkursen der Deutschen, die nicht deutsch können.

Damit Diese die deutsche Sprache je eher erlernen können, trachtet die Volksgemeinschaft einesteils deren Kinder Schulen mit deutscher Lehrsprache zuzuführen, anderseits den Erwachsenen deutsche Sprachkurse zu veranstalten.

Von diesen Sprachkursen, beziehungsweise dem Ergebnis derselben berichten die Spalten der deutschen Tageblätter.

Auch unsere Leser mögen die, aus den Berichten hervorgehenden Erfahrungen interessieren, weshalb wir diesbezügliche Mitteilungen der *«Südostdeutschen Tageszeitung»* vom 31. August und 28. September d. J. anführen.

*

Aus unsern deutschen Gauen.
Kampf der völkischen Entfremdung.

Bericht über den Schuldienst im Gau Banat.

(H. W. H.) Die Berichte, die über den bisherigen Einsatz im Schuldienst vorliegen, lassen durchwegs erkennen, einmal, dass alle Schuldienstleiter ihre Aufgabe mit Eifer und Begeist-

terung angingen, zum andernmal, das diese Aktion in die betreffenden Gemeinden neuen Mut und Zuversicht gebracht hat. Diese Volksgenossen dort draussen in den seelischen Notstandsgebieten sind dankbar dafür, dass ihre Kinder, die niemals die Möglichkeit hatten, eine deutsche Schule zu besuchen, ihre Muttersprache in Wort und Schrift erlernen. Wie viele Volksgenossen, Kinder und Erwachsene, gibt es nicht, die eine fremde Sprache besser beherrschten, als die deutsche, die jetzt zum erstenmal deutsche Volks- und Kampflieder singen! Um da es vorderhand in den meisten Fällen nicht möglich ist, in einer solchen Streusiedlung eine deutsche Schule zu errichten, ist der Einsatz im Schuldienst die einzige erfolgversprechende Möglichkeit, diese Bedrohten zu erfassen und fest in ihrem Volkstum zu verankern. Nach Abschluss dieser Aktion wird eine statistische Uebersicht den klaren Beweis erbringen, dass hier tatsächlich die Gefahr einer völkischen Entfremdung für unzählige Volksgenossen gebannt wurde.

Auszüge aus Berichten über den Schuldienst.

„Es darf uns deshalb nicht wundern, wenn Menschen rein deutschen Blutes nicht mehr so sind, wie sie sein sollten. Zu viele fremde und unduldsame Mächte brachen über sie herein. Sie mussten als Kulturdünger anderen dienen, weil ihnen die Verbindung mit dem grossen deutschen Lebensstrom unterbunden war und sie ohne Führung somit ohne Zusammenhalt dastanden und dem fremden Drängen, Zwingen und Stürmen nicht standhalten konnten."

„Diese Kinder haben, da sie ihre Schulzeit hinter fremden Büchern verbringen mussten, nicht nur ihre Muttersprache vernachlässigt, sondern auch an inneren arteigenen Worten viel eingebüsst. Es sind jene Erscheinungen, die uns Lehrern überall dort begegnen, wo mal fremde Lehrer unsere Kinder erzogen... In meiner Arbeit stiess ich anfangs auf Schwierigkeiten, mit denen ich nicht gerechnet hatte. Die Kinder der oberen Klassen beherrschten nicht einmal das lateinische Alphabet so, dass ich hier ungestört hätte anknüpfen können. Ich musste hier noch lange vertiefen und vervollkommen. Dann aber ging die Arbeit flott, und bei der Schlussfeier konnten die Kinder schon einen kleinen Brief schreiben."

Schebel. F. M.

„In kurzen 2 Wochen waren die Schüler soweit, dass sie schon selbst einfache Sätze bilden konnten, und im Umgang miteinander sich der deutschen Sprache zu bedienen begannen. Die Volksgenossen aus N. sind begeistert von dem Erfolg des A-Schuldienstes und wünschen sehnlichst, dass eine Lehrkraft hinausgeschickt werde, um die begonnene Arbeit fortzusetzen. Sie haben, obzwar sie zum Grossteil die deutsche Sprache nicht beherrschen, das Gebot der Zeit erkannt: Ihr Deutschtum zu erhalten und zu gestalten."

N a d l a k. I. Sch.

„Die Arbeit in meiner Einsatzgemeinde war wohl nicht so schwer wie in anderen Gemeinden. Die Kinder hatten in Winter bereits eine deutsche Schule besucht, so dass der traurige Zustand, in dem sich Kinder nach jahrelangen Besuch fremdvölkischer Schulen befinden, schon überwunden ist. Sie können wenigstens die gotischen Buchstaben, wenn auch die Rechtschreibung manchmal auch viel zu wünschen übrig lässt... In den Kindern muss deutsches Fühlen, deutsche Haltung und deutscher Stolz geweckt werden. In diesen Stunden müssen die Kinder an Herz und Seele gerührt werden, auf dass sie, wenn auch unbewusst, anfangen, in das deutsche Schicksal hineinzuwachsen und sich mit demselben verbunden fühlen. Nach solchen Stunden kann der Lehrer zwar keinen solchen Erfolg verbuchen, wie etwa den sichtbaren Erfolg im Lesen und Schreiben, aber wenn nur einige Kinder dem Lehrer mit grossen Augen zuhören, so ist ihm das der schönste Lohn."

N e u - G i r o d a. M. M.

„Es sind bis jetzt 22 Schüler eingeschrieben, von denen 5 Anfänger sind, während die übrigen, ausser einem Schüler u. drei Schülerinnen nur die Staatsschule besuchten. Verständigen kann man sich nur in ungarischer Sprache."

G y o r c k. S. T.

„Wo stecken nun die Deutschen, deren Kinder ich drei Wochen lang unterrichten soll?... Rein deutsche Familien gibt es kaum drei bis vier, alles andere sind Mischehen zwischen Serben, Slovenen, Ungarn und Deutschen... Die Schulkinder sprechen zum grössten Teil deutsch, können sich aber mit ihrem geringen Wortschatz nur schwer verständlich machen."

H e r n i a k o w a. S. H.

Besonders gross ist die Notlage der deutschen Volksgenossen im Kreis Arad, wo es viele Streusiedlungen gibt, die niemals eine deutsche Schule gehabt haben. Die beiden folgenden Postkarten sind ein erschütternder Beweis für diese unhaltbare Lage.

„Auf Ihr Ansuchen für Sommerunterricht kann ich leider keine Folge leisten. Da wir keinen Schulraum haben, muss ich Ihr Ansuchen ablehnen. Wir hatten einen Schulraum auf fünf Jahre gepachtet, nun ist die Zeit abgelaufen, so stehen wir ohne Schule und haben über 50 schulpflichtige Kinder. Wir möchten uns eine bauen, aber wir sind derart arm, dass die meisten Bauern nicht einmal das tägliche Brot haben. Unsere Jugend sollte notwendig die Schule besuchen, aber wir können nicht, weil kein Raum ist." Ortsleiter . . .

„Ich melde, dass in unserer Gemeinde 15 bis 20 Kinder wären, die die Sommerschule besuchen möchten. Für Schulraum, Wohnung und Verpflegung wird gesorgt. Es wäre sehr notwendig, da unsere Kinder, auch die jungen, zumeist nicht deutsch sprechen." Ortsleiter...

Und noch ein Fall aus dem Kreis Arad-Nord.

W. liegt im Kreis Arad-Nord an der ungarischen Grenze. Eine Grenzgemeinde ohne Eisenbahnverbindung, in der dem Ergebnis der Volkszählung nach 140 Deutsche wohnen. Eine Umfrage in den Nachbargemeinden und in der Gemeinde selbst, nach Deutschen ist fruchtlos, da man von der Anwesenheit dieser 140 Deutschen keine Kenntnis hat. Wie ist dies möglich? Ein Irrtum muss vorliegen. Und trotzdem gibt es in W. Deutsche. Der Beweis dafür sind die unleugbar deutschen Familiennamen, wie: Zillbauer, Schweizer, Hoch usw. Deutsch ist leider nur mehr der Name und der wird mit einem ungarischen Akzent ausgesprochen... Als im Frühjahr die endlosen Kolonnen der deutschen Wehrmacht durch diese Gemeinde zogen und den Ruhm des neuen Deutschland verkündeten, besannen sich auch diese Deutschen ihrer Ahnen. Doch es war niemand da, sie wachzuhalten und in dem neuen Glauben zu stärken. Um aber ja keine Zweifel aufkommen zu lassen, war gleich ein Mann zur Stelle. In der Gestalt des Dorfpfarrers, deutscher Eltern Kind, Erzmagyar in der Gesinnung, bekundet sich eine Abneigung gegen alles Deutsche, die in der Sonntagspredigt ihren besonderen Nachdruck erhielt.

W a r c h a n t. * M. B.

Aus unsern deutschen Gauen.
Deutsches Volkstum in Not.

Freiwilliger Einsatz deutscher Lehrer im Gau Banat.

In den Streusiedlungen des Arader Gebietes war die Gefahr der völkischen Entfremdung für unzählige Deutsche seit jeher gross. Als kleine Insel mitten im fremdvölkischen Meer, waren die meisten von ihnen vergessen und somit dem nationalen Untergang geweiht. In der Abgeschiedenheit solcher Dörfer, in denen diese paar deutschen Familien lebten, spielte sich die stumme Tragödie ab, die unser Volk schon ungeheuer viel wertvolles Blut gekostet hat.

Wer die Deutschen dieser Streusiedlungen besucht, ist erschüttert von ihrer seelischen Not. Während wir, die Deutschen im geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet, die grösste Zeit unseres Volkes mit brennendem Herzen erleben, ist es diesen Menschen versagt, Anteil zu nehmen an dem entscheidenden Waffengang unseres Volkes, ist niemand da, der ihnen von unserem Führer erzählt und von seinem einmaligen Aufbauwerk

Selbst ihre Muttersprache ist ihnen fremd geworden.

Das Schulamt der Deutschen Volksgruppe in Rumänien hat in richtiger Erkennung der grossen Gefahr einen Schuldienst in diesen bedrohten Gebieten organisiert. Allen Schwierigkeiten der Arbeitszeit zum Trotz wurden die Kinder zu einem sechswöchigen Deutschunterricht herangezogen. Mit der schulfreien Jugend und mit den Erwachsenen wurden neben kulturellen und politischen Abenden Deutschstunden abgehalten, die von den Jungen und Alten, Männern und Frauen begeistert besucht wurden.

Dieser freiwillige Schuldienst war demnach ein erster Schritt zur Rückgewinnung der beinahe verlorenen Volksgenossen. In vielen Streusiedlungen werden in diesem Jahre die deutschen Kinder zum erstenmal in eine deutsche Schule gehen dürfen. Nicht einem Lehrer, vielen ist es so ergangen, dass die Kinder beim Abschied mit Tränen in den Augen gesagt haben: „Herr Lehrer, wir wollen im nächstem Schuljahr in eine deutsche Schule gehen!" Und die Eltern sind bereit, jedes Opfer auf sich zu nehmen, wenn nur ihr grösster Wunsch Erfüllung findet: die deutsche Schule!

Übersichtstabelle vom Schuldienst in Banater Streusiedlungen:

Erfasste Streusiedlungen	24
Eingesetzte Lehrer	39
Schulpflichtige deutsche Kinder	734
Im Schuldienst erfasste Kinder	562
Heimabende mit Schulentwachsenen	131
Kulturabende mit der deutschen Bevölkerung	127
Gesamtzahl der Schultage	723

Berichte aus dem Schuldienst:

Die uns von den Lehrern eingesandten Berichte sprechen eine deutliche Sprache. Es ist die schlichte und doch so tiefgreifende und überzeugungsstarke Sprache der Tatsache.

Hören wir die Ausführungen dieser Lehrer:

„Wenn ich bisher von anderen hörte, wie trostlos es in den Streusiedlungen aussieht, wollte ich es nie glauben: es schien mir alles übertrieben. Aber jetzt hatte ich das Glück, in einem Grenzort meinen Schuldienst zu leisten und einmal Einblick in das Leben einer Streusiedlung zu bekommen.

Die paar deutschen Familien, die hier leben und die nie eine deutsche Schule besucht haben, können ihre Muttersprache nicht mehr sprechen. Die Kinder lernen von ihren Eltern eine fremde Sprache. Aber in dieser grossen Zeit, da das Herz eines jeden Deutschen schneller schlägt, ist auch in diesen Volksgenossen die Stimme des Blutes erwacht. Den Leuten kommt es jetzt zu Bewusstsein, dass in ihren Adern deutsches Blut fliesst, dass auch ihr Schicksal von dem Führer gelenkt wird."

Kurtitsch. F. K.

„Ich versuchte auch Märchen zu erzählen, oder ihnen etwas vom Führer und vom grossen Krieg zu sagen, aber ich musste das aufsparen für später. Die Kinder, so aufgeweckt sie auch sind, verstehen die deutsche Sprache nicht, sie können der kindlichen Handlung des Märchens nicht folgen und können die einfachsten Sätze nicht verstehen, die ihnen etwas vom Führer und vom grossen deutschen Volk übermitteln sollen. Ist es nicht Trauer und Schande zugleich, deutsche Kinder dürfen sich nicht an den kostbaren Märchenschatz unseres Volkes erfreuen, deutschen Kindern ist es vorenthalten, in deutscher Sprache vom Führer, von seinem Leben und von seinem Werk zu hören!"

Alt-Cireda. F. W.

„Niemand soll glauben, dass es erdichtet sei, was ich hier erzähle. Es ist bittere, ernste Wahrheit. Verstehen kann sie nur der, der einige Zeit daran gearbeitet hat, diese Not zu brechen. Deshalb ist diese Aktion unserer Volksgruppenführung die wichtigste, die bisher in Angriff genommen wurde. Es gilt hier Volksgenossen zu retten, die in einer unbeschreiblichen seelischen Not leben. Nicht nur die Kinder, sondern auch ihre Eltern verlernten die Muttersprache. Jedem deutschen Menschen muss das Herz weh tun, wenn er die kleinen blonden Kinder sieht und ihre deutschen Namen hört: Becker, Schüssler, Heinstein, Schneider usw. und sie dann fragt: „Was bist Du?" und die Antwort in slowakischer oder ungarischer Sprache lautet: „Ein Deutscher."

N a d l a k . F. K.

„Ich versuchte mit den Kindern zu sprechen, bekam kaum eine Antwort. Von den 29 deutschen Kinder beherrschten nur 5 ihre Muttersprache. Mir blieb das Herz fast stehen beim Anblick dieser echtdeutschen Kinder. Hier konnte ich sehen, wie deutsche Menschen planmässig entnationalisiert wurden. Man nahm diesen Menschen den wichtigsten Weg zur deutschen Gemeinschaft, ihre Muttersprache. Aber man sieht es ihrem echt deutschen Erscheinungsbilde an: das Blut ist stärker als alle Entnationalisierungsmethoden."

R a d n a . H. K.

„Ist es nicht fürchterlich, dass von 20 schulpflichtigen deutschen Kindern bloss drei einige Worte deutsch verstehen? Ist es nicht niederschmetternd, wenn man Menschen mit echt deutsch klingenden Namen untereinander eine Fremdsprache sprechen hört? Einfach darum, weil sie ihre eigene Muttersprache nicht mehr verstehen?

Wen hier die Schuld trifft, ist schwer festzustellen. Es ist eine Tragödie, die uns fast unabwendbar erscheint. Übertriebener Optimismus ist bestimmt nicht am Platze. Es müsste geradezu ein Wunder geschehen, sollte in diesem Ablauf der Dinge eine Wandlung eintreten.

P e t s c h k a . A. F.

„Das erzählen von Märchen konnte sich nicht durchsetzen, da die Kinder nicht einmal die einfachsten Ausdrücke und Begriffe beherrschen. Bei einem Grossteil der Kinder war ja die Familiensprache eine andere als die Muttersprache. Auch beim

Lernen von Liedern stiess ich darum auf grosse Schwierigkeiten, da sie die Melodie zwar verhältnismässig rasch begriffen hatten, den Text jedoch nur mit den grössten Anstrengungen erlernen konnten."

M e d w e s c h. A. Sch.

„Zu den Heimabenden kamen alle Schüler, die älter als zehn Jahre waren, die Mädel und Burschen des Dorfes und auch die Frauen, die gerne sangen. Durchschnittlich waren 25 bis 30 Personen anwesend. Die Arbeit bestand darin, dass wir neue Lieder lernten, Vorträge hörten und auch schulischen Betrieb machten, d. h. wir übten Lesen, Schreiben, Rechnen, Sprechen usw. Vielfach wurde diktiert und von allen ins Heft geschrieben. Die Fehler wurden gemeinsam verbessert. An drei Abenden wurden ausschliesslich Briefe geschrieben.

So eine Dorfgemeinschaft, wie ich sie hier vorfand, hätte ich mir nie im Leben träumen können. Die armen Leute, die nicht einmal ein Waschbecken zu Hause haben, sind so hilfs- und opferbereit, dass man es sich gar nicht vorstellen kann. Für die Bibliothek, die von meinem Vorgänger gegründet wurde, waren schon 2000 Lei gesammelt worden."

B u l g a r i s c h e K o l o n i e. H.B.

Rechenschaftsbericht über ein halbes Jahr deutsche Aufbauarbeit im Gau Bergland.

Bekanntlich hat die Deutsche Volksgenossenschaft Rumäniens im Februar dieses Jahres aus einem Teil Südsiebenbürgens und dem Banat einen neuen Gau geschaffen und ihm den Namen Bergland gegeben. Hauptort dieses Gaues ist Deva, die bedeutendsten Städte Lugoj, Oraviţa und Reşiţa.

In der Nummer 11/12 vom September 1941 der *«Volk im Osten»* benannten Zeitschrift des Südostens, die in Bukarest erscheint, besprechen gleichzeitig vier Artikel die Lage des neuen Gaues. Hans Ewald Frauenhoffer gibt einen allgemeinen Bericht über die seit einem Halbjahr im Gau Bergland geschaffene Arbeit, das selbe Thema behandelt Hans Kastenhuber, Dr. Eckhard Hügel verbreitet sich über „Deutsches Blut im Gau Bergland", schliesslich berichtet Hans Zegidi in seinem

Aufsatz „Deutsche Schularbeit im Gau Bergland" vom Unterrichtswesen. Da uns diese Frage am meisten interessiert, halten wir es für nötig, eine bezeichnende Stelle des Berichtes wiederzugeben.

Im Bergland waren viele deutsche Menschen ihrem Volk entfremdet und hatten die Muttersprache mehr oder weniger bereits verloren.

Vom ersten Augenblick an ergab sich die dringende Notwendigkeit:

1. zahlreiche neue Schulen zu schaffen,
2. in Volksschulverbänden (Schulzentren) deutsche Kinder im Streugebiete zu erfassen,
3. die Erzieherschaft zu organisieren und einheitlich auszurichten,
4. deutsche Sprachkurse für Erwachsene aufzuziehen, in denen die Jugend und die Eltern ihre verlorene Muttersprache wieder erlernen, und
5. Kindergärten neu zu gründen.

Anfang März 1941 wurde die Parole ausgegeben, dass Ende April kein deutsches Kind des Gaues Bergland ohne deutschen Unterricht sein darf. Nach zwei Monaten war die Parole in allen Kreisen fast hundertprozentig durchgesetzt. 36 Schulen wurden neu geschaffen, alle in dem grössten Notstandsgebiet, das man sich irgendwo denken kann: Im Erzgebirge, im Kreischtal, auf den Höhen des Semenikmassivs, im Schieltal und Petroschen.

Überal zuerst das gleiche Bild! Anfangs konnten viele Kinder nicht deutsch sprechen, sie verstanden den Lehrer kaum. Und viele mochten glauben, das hier nichts zu erreichen sei. Dennoch ging es vorwärts! Unsere Kinder sprechen heute immer besser deutsch, sie singen und turnen. Wie ein Symbol klingt es in allen neugegründeten Schulen des Notstandsgebietes: „Die dunkle Nacht ist nun vorbei".

Viel schwieriger war die Aufgabe, die Kinder aus den zahllosen Streusiedlungen zu erfassen. Es mussten Volksschulverbände (Schulzentren) geschaffen werden.

Viele Deutsche wohnen in ganz kleiner Anzahl in Orten mit anderem Volkstum. Hier besuchten deutsche Kinder die Schule zusammen mit Kindern anderer Nationen. Eine Erfassung dieser Kinder durch die deutsche Schule war bisher nicht möglich, weil keine deutschen Schulen vorhanden waren, die Eltern dieser Kinder meist arme Leute sind und die notwendigen Mit-

tel für einen Volksschulverband nie aufbringen können, andererseits hat sich bisher niemand um die Volksgenossen dieser Orte gekümmert, geschweige denn um ihre schulpflichtigen Kinder.

Nach wenigen Wochen Arbeit war die Erfassung streudeutscher Kinder fast zur Gänze durchgeführt worden. Bis in die letzten Winkel des Gaues sind wir vorgestossen und haben zusammengefasst:

Im Kreis								
Deva	in	8	Schulzentren	aus	15	Streusiedlungen	46	Kinder
Oraviţa	„	7	„	„	21	„	61	„
Reşiţa	„	1	„	„	10	„	42	„
Südoststrasse								
Lugoj	„	26	„	„	59	„	202	„
Unterwald	„	4	„	„	6	„	28	„

Entscheidend sind nicht Schulen und Schulzentren allein, nicht Lehrpläne und Lernbücher machen den Wert unserer Schule aus, sondern die unterrichtende Persönlichkeit.

Darum ging gleichzeitig mit der Schaffung neuer Schulen und Schulzentren auch im Gau Bergland die Erfassung und vor allem die Schulung der Lehrer vor sich.

288 Lehrkräfte unterrichten heute an 111 Schulen rund 12.700 deutsche Kinder.

Im März wurden 5, im April 6 Kreisschulungen abgehalten. Auf einer fünftägigen Gauschulung in Deva wurden 40 Amtswalter des Gaues einheitlich ausgerichtet und in einer viertägigen Gausportschulung in Lugoj die Kreis- und Bezirkssportwarte durch Pg. Rudolf Schneider vorgebildet.

In vier Monaten (März—Juni 4941) wurden 5 Gauschulungen und 18 Kreisschulungen abgehalten und in jedem Monat fanden Arbeitsbesprechungen der Gau- und Kreisamtswalter statt.

Die Entfremdung deutscher Menschen von ihrem Volkstum wurde gerade in diesem Gau Jahrzehnte hindurch betrieben. Oft stehen wir vor Menschen unseres Blutes, die sich heute wieder zu ihrer angestammten Art bekennen und müssen uns in einer fremden Sprache mit ihnen verständigen.

Bereits am 1. April liefen in 40 Orten des Gaues Sprachkurse. 2623 Volksgenossen besuchten sie und lernten in 170 Wochenstunden wieder deutsch sprechen.

Die Schaffung neuer Kindergärten ist in den völkischen Notstandsgebieten besonders wichtig.

Vom Gau Banat übernahmen wir 9 neugegründete Kindergärten, 28 andere wurden von der Gaudienststelle Bergland errichtet. Im Sommer ist diese Arbeit an die NSV der Volksgruppe übergegangen.

Nach vier Monaten (März bis Juni 1941), am Schlusse des Schuljahres, beendeten wir den schulpolitischen Aufbau mit folgendem Ergebnis:

52 neue Schulen: Herbst 1940, 16, Gau Banat
Frühjahr 1941, 36, Gau Bergland

59 alte Schulen: evang. Kirchenschulen 26
kath. Kirchenschulen 3
staatliche Schulen 30

Zusammen: 111 Schulen

37 neue Kindergärten: Herbst 1940, 9, Gau Banat
Frühjahr 1941, 28, Gau Bergland

7 alte Kindergärten: evang. Kindergärten 4
kath. Kindergärten 2
staatl. Kindergarten 1

Zusammen: 44 Kindergärten

51 Orte: Sprachkurse

48 Schulzentren mit 390 Schulkindern aus 115 Orten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die Lösung solcher Aufgaben gegen Ende des Schuljahres ein Wagnis ist. Wir wissen auch, dass grosse Mängel noch hier und dort bestehen. Wir waren aber fest entschlossen, jeden Tag auszunützen, um deutsche Kinder deutsch lesen und schreiben, deutsch denken und fühlen zu lehren. Wir wollten die schulpolitischen Anfangsschwierigkeiten, die selbstverständlich zu erwarten waren, jetzt überwinden, um im Herbst 1941 mit dem regelrechten Unterricht einsetzen zu können.

Aus diesem Grunde wurde die Arbeit in den Sommerferien (Juli—August) fortgesetzt. Die grosse Gauschulung der Erzieher des Gaues in Broos, 29-31. Juni 1941, war nicht nur Abschluss einer stolzen Viermonatearbeit, sondern zugleich Auftakt für die Sommerarbeit.

Einheitlich ausgerichtet zogen 100 Lehrer aus den Gauen Banat, Siebenbürgen und Bergland und Schüler der Lehrerbildungsanstalt Sibiu in die grössten völkischen Notstandsgebiete hinaus. Sie haben mit den Kindern gesungen, geturnt, gebadet und gespielt. Es wurde gelesen und geschrieben. Denn

es galt noch viel nachzuholen: gemeinsam sassen die Kinder der Unter- und Oberstufe aus neugegründeten Schulen zusammen und lernten aus der — Fibel!

Der Nachmittag war ausgefüllt mit wissenschaftlicher Laienarbeit. Die Schaffung von Volksbüchereien wurde vorbereitet, Material gesammelt zur Erforschung der Vorgeschichte und Geschichte der einzelnen Orte und des Gaues Bergland.

Am Abend wurde kulturpolitisch gearbeitet. Der Singstunde mit der ganzen Gemeinde folgte der deutsche Sprachkurs mit dem Teil der Erwachsenen, die die deutsche Sprache noch nicht gut beherrschten, oder es wurde mit der Partei und deren Formationen geschult, am Sonntag mit der Jugend und der deutschen Mannschaft geübt und geturnt.

Dieser Ferieneinsatz hat sich wunderbar ausgewirkt.

Durch eine umfassende Neu- und Umbesetzung der Lehrkräfte, besonders durch Einsatz einer grösseren Zahl von Junglehrern, die den Gau im Ferieneinsatz kennengelernt hatten, wurde die Arbeit für das kommende Schuljahr gesichert. Weitere Hilfskräfte als zusätzliche Lehrer sind noch notwendig. Die Volksschulverbände (Schulzentren) müssen ausgebaut, einige neu gegründet werden. Ebenso sind einige neue Schulen zu gründen und viele Kindergärten.

Aufgaben erwarten uns nach den ersten schwierigsten Anfängen, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen werden. Und wenn die Aufgaben auch schwer sind, sie sind umso schöner. Wir werden vor den materiellen Sorgen nicht haltmachen. Wo eine starke Gemeinschaft lebt, muss sie und wird sie die notwendigen Geldmittel immer aufbringen können.

Für uns gibt es keine Hindernisse: Aus Notstandsorten werden wir Kraftzentren schaffen.

Wo „arbeitet" der Völkerbund?

Laut D. N. B. hat auf eine Anfrage im britischen Unterhaus der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt erklärt, dass die Liga nach Übersee verlegt worden sei. In Genf befände sich nur noch ein „Horchposten". Die Wirtschaft- und Finanzabteilung befände sich in Printown in den U. S. A., das Schatzamt in London, das ständige Amt für Opium in Washington und das internationale Arbeitsamt in Montreal.

Ausstellung von Volkszugehörigkeits-Zeugnissen.

Das Innenministerium hat mit einem Rundschreiben die Gemeindevorstehungen des ganzen Landes verständigt, dass sie auf ihre Verantwortung Zeugnisse über die völkische Herkunft der Bewohner ausstellen können, wobei sie sich jedoch in jedem Gesuch auf die Grundlagen beziehen müssen, die die Herkunft des Gesuchsstellers darlegen. Im Zeugnis ist auszuführen, dass es nur für den bestimmten Fall ausgestellt wurde.

Decret-Lege

pentru trecerea în patrimoniul Centrului Naţional de Românizare a unor creanţe ipotecare, spitale sau case de sănătate, aparţinând evreilor şi pentru completarea decretelor-legi Nr. 1.216 şi Nr. 1.220 din 2 Mai 1941.

Art. 1. — Centrul Naţional de Românizare va putea decide oricând trecerea în patrimoniul său a creanţelor garantate cu ipotecă convenţională, dacă aparţin evreilor şi sunt născute înainte de publicarea prezentei legi, în schimbul unei despăgubiri în rentă, socotită la valoarea nominală şi purtând o dobândă de 3 la sută.

Deciziunea de preluare se va publica în Monitorul Oficial. In termen de 30 zile libere dela data publicării, creditorul va preda Centrului Naţional de Românizare, titlul creanţei precum şi toate actele ce posedă, privitoare de creanţă sau la garanţiile acesteia.

Art. 2. — Cesiunea, plata capitalului, chiar cu subrogaţiune, darea în plată, compensaţiunea convenţională sau judecătorească, novaţiunea, delegaţiunea, stipulaţiunea că plata se va face unei terţe persoane, sau darea în gaj a susmenţionatelor creanţe ipotecare, remitarea datoriei, cesiunea rangului ipotecii, renunţarea la inscripţiunea ipotecară ori la ipotecă şi în general radierea inscripţiunii ipotecare, precum şi orice act privitor la aceste creanţe sau ipoteci de natură să aducă atingerea dreptului de preluare, nu se va putea face, sub sancţiunea nulităţii, decât cu autorizarea prealabilă a Centrului Naţional de Românizare.

Tot astfel, urmărirea silită, în temeiul susmenţionatelor creanţe, nu va putea fi începută sau continuată decât cu aceeaşi autorizare.

La cererea de autorizare se va alătura certificatul de sarcini eliberat de grefa tribunalului sau extrasul eliberat de instanţă de pe cartea funciară a imobilului grevat.

Art. 3. — Centrul Naţional de Românizare va putea acorda autorizarea cerută, renunţând astfel la preluarea, sau va putea prelua creanţa.

Dacă deciziunea de preluare nu va fi publicată în Monitorul Oficial în termen de 30 zile libere dela primirea cererii de autorizare, Centrul Naţional de Românizare va fi socotit că a renunţat la preluare şi că a acordat autorizaţiunea.

Art. 4. — In cazul când un evreu a dobândit prin cesiune o creanţă intrând în prevederile prezentei legi, debitorul, dacă nu este evreu, se va putea libera, fie faţă de cesionar, fie în cazul preluării creanţei faţă de Centrul Naţional de Românizare, plătind numai preţul real al cesiunnii şi spesele contractului, cu dobândă din ziua când cesionarul a plătit preţul cesiunii. In cazul când Centrul Naţional de Românizare e preluat creanţa, dobânda se va cuveni Centrului numai din ziua deciziunii de preluare.

Dacă o asemenea creanţă va fi preluată, Centrul Naţional de Românizare nu va datora despăgubire decât pentru preţul real al cesiunii şi spesele contractului, chiar dacă debitorul neevreu ar fi renunţat la beneficiul prevăzut de alineatul precedent.

Dispoziţiunile articolului de faţă se vor aplica şi în cazul când creanţa ipotecară derivă dintr'un fapt comercial; ele nu se vor aplica când cesiunea s'a făcut unui creditor spre plata creanţei sale, unui comoştenitor, coproprietar ori coasociat sau proprietarului fondului asupra căruia există ipoteca.

Art. 5. — Dacă o creanţă ipotecară preluată de Centrul Naţional de Românizare face obiectul unui uzufruct, iar atât nudul proprietar cât şi uzufructuarul sunt evrei, despăgubirea în rentă se va plăti uzufructuarului, fără prejudiciul dreptului de restiuire la stingerea uzufructului, ce aparţine nudului proprietar.

In cazul când numai nudul proprietar este evreu, Centrul Naţional de Românizare se va putea subroga în drepturile acesteia datorându-i renta de despăgubire dela stingerea uzufructului, însă numai dacă uzufructul sau moştenitorii săi au restituit Cen-

trul Naţional de Românizare tilul creanţei, când aceasta nu a fost stinsă prin plată, sau capitalul creanţei în cazul contrar şi numai în măsura acestei restituiri.

In cazul când numai uzufructuarul este evreu, renta de despăgubire se va depune la Cassa de Depuneri şi Consemnaţiuni, pentru durata uzufructului, cu dreptul pentru uzufructuar de a încasa cupoanele. La stingerea uzufructului, renta se va cuveni Centrului Naţional de Românizare, care va restitui nudului proprietar titlul creanţei, dacă aceasta nu a fost stinsă prin plată, sau capitalul acesteia în cazul contrar.

Art. 6. — Dacă o creanţă ipotecară, aparţinând unui evreu şi intrând în prevederile prezentei legi este dată în gaj unui neevreu iar gajul a devenit opozabil terţelor persoane înainte de 6 Octomvrie 1940, preluarea creanţei ipotecare de către Centrul Naţional de Românizare nu va aduce nicio ştirbire drepturilor creditorului gagist; dacă gajul nu a devenit opozabil înainte de susmenţionata dată, se vor aplica dispoziţiunile alineatului următor.

In cazul când o creanţă ipotecară născută înainte de publicarea prezentei legi şi aparţinând unui neevreu este dată în gaj unui evreu, Centrul Naţional de Românizare se va putea subroga în drepturile creditorului gagist, datorându-i renta de despăgubire dela data când creanţa garantată cu gaj a devenit exigibilă, însă numai în măsura în care drepturile de creditor gagist dobândite de Centrul Naţional de Românizare au fost îndestulate.

Dispoziţiunile articolului de faţă se vor publica prin analogie şi în cazul subipotecii, dacă imobilul grevat este guvernat de legile din Ardeal şi Bucovina.

Dispoziţiunile art. 1, al. 2 şi art. 2 din legea de faţă se vor aplica şi în cazurile prevăzute de al. 2 şi 3 din prezentul articol.

Art. 7. — Sub sancţiunea daunelor interese, Centrul Naţional de Românizare este obligat să urmărească fără întârziere pe debitorii restituirii, în cazul prevăzut de art. 5, al. 2, sau pe debitorul creanţei cu gaj sau ipotecă în cazul prevăzut de art. 6, al. 2 sau 3.

Art. 8. — Când o creanţă ipotecară, supusă dispoziţiunilor legii de faţă, a fost stipulată cu solidaritate între creditor şi dacă numai unii dintre ei erau evrei, Centrul Naţional de Românizare va putea prelua părţile acestora, solidaritatea urmând

să-şi produci efectul asupra restului creanţei numai faţă de creditorii neevrei.

Art. 9. — Compensaţiunea legală intervenită între evrei după publicarea legii de faţă va fi socotită că nu a operat, în cazul când una din aceste creanţe este ipotecară, iar Centrul Naţional de Românizare decide preluarea ei. Tot astfel se va urma în cazul când una din creanţe este garantată cu gaj asupra unei creanţe ipotecare sau cu sub-ipotecă.

Confuziunea operată după publicarea legii de faţă nu va împiedeca preluarea creanţei.

Prescripţiunea creanţei ipotecare, sub-ipotecare sau garantate cu gaj asupra unei creanţe ipotecare, nu va fi opozabilă Centrului Naţional de Românizare, dacă termenul prescripţiunii s'a împlinit după publicarea prezentei legi, iar debitorul este evreu Această dispoziţiune nu se va aplica prescripţiunilor prevăzute de art. 1907 codul civil din Vechiul Regat şi de art. 1480 codul civil Austriac.

Art. 10. — Popririle înfiinţate anterior publicării legii de faţă nu vor impiedeca preluarea creanţei poprite, şi se vor socoti desfiinţate dela data deciziunii de preluare.

Hotărîrile date asupra cererilor de validare a popririi, vor fi respectate, dacă au rămas definitive anterior publicării legii de faţă.

Infiinţarea sau validarea popririi, asupra unei creanţe care intră în prevederile legii de faţă, nu va putea fi începută sau continuată, decât în condiţiunile şi sub sancţiunea prevăzută de art. 2, alin. 2, din prezenta lege.

Dispoziţiunile articolului de faţă, se vor aplica în mod corespunzător şi procedurilor de poprire şi executare, asupra creanţelor intrate în prevederile prezentei legi, prevăzute de legile din Ardeal.

Art. 11. — Creditorii sunt obligaţi să declare Centrului Naţionat de Românizare, în termen de 30 zile dela publicarea prezentei legi, creanţelor lor născute anterior şi garantate cu ipotecă ori subipotecă, sau cu gaj asupra unei creanţe ipotecare, dacă aceste creanţe intră în prevederile legii de faţă.

Termenul va fi de 90 zile pentru creditorii aflători în străinătate; în acest caz declaraţiunile se vor face la Consulatul sau Legaţiunea respectivă a României.

Declaraţiunea va cuprinde numele, pronumele şi domiciliul creditorului; numele pronumele şi domiciliul debitorului, dacă

sunt cunoscute declarantutui şi, osebit de aceasta, în cazurile prevăzute de art. 6, alin. 2 şi 3, aceleaşi arătări privitoare la creditorul şi debitorul creanţei date în gaj sau subipotecă.

Dacă imobilul grevat este înscris în cartea funciară, declaraţiunea va cuprinde şi arătarea instanţei de carte funciară, numărul de carte funciară pe comună şi numărul topografic.

La declaraţiune se va alătura, în copie certificată conformă, titlul creanţei, actul de constituire al ipotecii, gajului sau subipotecii, precum şi toate actele aflate în posesiunea declarantului privitoare la creanţă sau la garanţiile acesteia.

Nedepunerea declaraţiunilor în termen, depunerea unei declaraţiuni necomplete, facerea cu bună ştiinţă a unor declaraţiuni neexacte, precum şi nepredarea în termen a titlului creanţei preluate sau a actelor ce posedă privitor la creanţă sau la garanţiile acesteia, va atrage pierderea dreptului la despăgubirea prevăzută în art. 1, în cazul preluării creanţei de către Centrul Naţional de Românizare.

Art. 12. — Creditorii care nu vor face în termen declaraţiunile prevăzute de art. 11. sau le vor face incomplete sau cei care vor face cu bună ştiinţă dectaraţiuni neexacte, cei care nu vor depune în termen titlul creanţei preluate sau actele prevăzute de art. 1, alin. 2, precum şi creditorii care vor face vreun act, privitor la o creanţă, intrând în prevederile legii de faţă, de natură să aducă atingere dreptului de preluare ce aparţine Centrului Naţional de Românizare, se vor pedepsi potrivit prevederilor art. 549 din codul penal.

Art. 13. — Dispoziţiunile art. 1—2 inclusiv din legea de faţă vor fi aplicabile şi creanţelor care au aparţinut evreilor la data de 5 Octomvrie 1940, chiar dacă între timp au trecut în patrimoniul unui neevreu.

Art. 14. — Dispoziţiunile art. 1—12 inclusiv din prezenta lege, nu vor fi aplicate creanţelor alimentare, rentelor pe viaţă sau creanţelor cuprinse în activul evreului declarat în stare de faliment.

Art. 15. — Centrul Naţional de Românizare va putea decide trecerea în patrimoniul său a oricărui spital sau casă de sănătate — atât imobilul, cât şi instalaţiunile de orice natură — aparţinând evreilor persoane fizice sau juridice de orice fel.

Instrăinarea, grevarea sau darea în locaţiune oricărui bun prevăzut de alineatul precedent, precum şi orice act privitor la

aceste bunuri, de natură să aducă atingere dreptului de preluare a Centrului Naţional de Românizare, nu se va putea face, sub sancţiunea nulităţii, decât cu autorizarea prealabilă a susnumitului centru.

Dispoziţiunile art. 2, alin. 2, din legea de faţă, se vor aplica în mod corespunzător.

Înstrăinarea, ridicarea sau degradarea instalaţiunilor se va pedepsi potrivit art. 560 din codul penal.

Art. 16. — Sunt socotiţi evrei, în înţelesul legii de faţă, persoanele fizice sau societăţile prevăzute în art. 3 şi 4 ale legii pentru trecerea proprietăţilor urbane evreeşti în patrimoniul Statului şi pentru oprirea evreilor de a dobândi proprietăţi imobiliare urbane sau anumite drepturi reale asupra acestor imobile, din 28 Martie 1941, cu excepţiunile prevăzute în art. 5 şi 6 din susmenţionata lege.

Sunt socotite evreeşti, în înţelesul art. 15 al legii de faţă, asociaţiunile fără scop patrimonial şi fundaţiunile al căror scop sau activitate este de interes exclusiv sau precumpănitor evreesc.

Tot astfel, sunt socotite evreeşti şi acele asociaţiuni în care mai mult decât $^1/_4$ din numărul total al membrilor sunt evrei, precum şi acele fundaţiuni al căror comitet de conducere este compus în majoritate din evrei.

Stabilirea calităţii de asociaţiune sau fundaţiune evreească este de competenţa Comisiunii centrale de judecată de pe lângă Centrul Naţional de Românizare.

Art. 17. — Trecerea spitalelor şi caselor de sănătate: în patrimoniul Centrului Naţional de Românizare, precum şi administrarea şi înstrăinarea acestor bunuri, sunt supuse dispoziţiunilor privitoare la imobilele urbane prevăzute de decretele-legi pentru trecerea proprietăţilor urbane evreeşti în patrimoniul Statului din 28 Martie 1941, şi pentru înfiinţarea Centrului Naţional de Românizare din 3 Mai 1941, cu modificările lor ulterioare.

Art. 18. — Dispoziţiunile art. 9 şi 10 ale decretului-lege Nr. 1.220 din 2 Mai 1941, publicat în Monitorul Oficial din 3 Mai 1941, sunt aplicabile şi în cazurile când bunurile au trecut în patrimoniul Statului, în temeiul art. 3 şi 5 al decretului-lege Nr. 3.347 din 4 Octomvrie, publicat în Monitorul Oficial din 15 Octomvrie 1940, sau în temeiul art. 1 al decretului-lege Nr. 3.810 din 12 Noemvrie 1940, Mouitorul Oficial din 17 Noemv. 1940.

Dispoziţiunile art. 9 al decretului-lege Nr. 1.220 din 2 Mai

1941, susmenţionat, sunt aplicabile şi în cazul când bunurile au trecut în patrimoniul Statului, în temeiul art. 1 şi 2 ale decretului-lege Nr. 842 din 27 Martie 1941, precum şi în cazul când creanţele ce pot fi preluate în temeiul legii de faţă, reprezintă, la data publicării acesteia, cel puţin 50 la sută din totalul creanţelor societăţii; în acest din urmă caz, îndeplinirea susprevăzutei condiţiuni se va constata de Comisiunea centrală de judecată de pe lângă Centrul Naţional de Românizare.

Cererile de răscumpărare, în cazurile mai susprevăzute, vor fi înaintate Centrului Naţional de Românizare, în termen de 3 luni, dela data publicării legii de faţă.

Art. 19. — Dispoziţiunile art. 44 al decretului-lege Nr. 1.216 din 2 Mai 1941, publicat în Monitorul Oficial din 3 Mai, se completează cu următoarele alineate:

Pentru administrarea şi lichidarea bunurilor intrate în patrimoniul Statului, pe baza decretelor-legi Nr. 3.347 din 4 Octomvrie 1940, publicat în Monitorul Oficial din 5 Octomvrie 1940; Nr. 3.610 din 12 Noemvrie 1940, publicat în Monitorul Oficial din 17 Noemvrie 1940; Nr. 3.968 din 3 Decemvrie 1940, publicat în Monitorul Oficial din 4 Decemvrie 1940; Nr. 842 din 27 Martie 1941, publicat în Monitorul Oficial din 28 Martie 1941 şi Nr. 853 din 28 Martie 1941, publicat în Monitorul Oficial din 29 Martie 1941 covenţiei cu Germania din 22 Octomvrie 1940 şi tratatului cu Bulgaria din 7 Septemvrie 1940, Centrul Naţional de Românizare este în drept să numească, pe bază de decizie, comisiuni judeţene şi administratori.

Comisiunile judeţene, custozii şi administratorii numiţi înainte de publicarea prezentului decret-lege, vor fi obligaţi să continue gestiunea bunurilor trecute în patrimoniul Statului, până la data când Centrul Naţional de Românizare va da alte dispoziţiuni.

Justificarea actelor de gestiune se va face prin înscrisuri doveditoare, obişnuite pentru operaţiunile respective, în conformitate cu dispoziţiunile Centrului Naţional de Românizare.

Gestionarii prevăzuţi de alineatele de mai sus sunt răspunzători, potrivit legii pentru apărarea patrimoniului public.

Art. 20. — Comasarea proprietăţilor agricole trecute în patrimoniul Statului pe baza convenţiei cu Germania din 22 Octomvrie şi a tratatului cu Bulgaria din 7 Septemvrie 1940, se

va face din oficiu de către Direcţiunea cadastrului şi cărţilor funciare din Ministerul Justiţiei.

Dat în Bucureşti la 9 Octomvrie 1941.

Vicepreşedinte şi Preşedinte ad-interim al Consiliului de Miniştri,
Mihai A. Antonescu

Subsecretar de Stat al românizării, colonizării şf inventarului,
General Adjutant Eugen Zwiedineck

Nr. 2.815.

Raportul d-lui subsecretar de Stat al românizării, colonizării şi inventarului către d-l Mareşal al României şi Conducătorul Statului

Domnule Preşedinte,

Conform dispoziţiunilor decretelor-legi Nr. 3.052 din 5 Septemvrie 1940 şi Nr. 3.072 din 7 Septemvrie 1940, avem onoarea a vă înainta pentru aprobare şi semnătura domniei-voastre, alăturatul decret-lege relativ la creanţele ipotecare aparţinând evreilor.

Urmând linia generală a românizării vieţii economice, proiectul de faţă este menit să aducă o completare firească şi necesară legilor anterioare, în temeiul cărora au trecut în patrimoniul Statului, imobilele rurale şi urbane, aflate mai înainte în mâna evreilor.

Inalte consideraţiuni naţionale, care au motivat măsurile legislative mai susarătate, sunt deopotrivă valabile pentru a justifica facultatea, pe care proiectul de faţă o acordă Statului Român, cu privire la preluarea din mâna evreilor, a creanţelor ipotecare.

Este într'adevăr firesc să nu se lase în patrimoniul evreilor drepturile ipotecare purtând asupra unor bunuri pe care ei nu le mai pot stăpâni.

Creanţa ipotecară, drept real grevând imobilele rurale sau urbane, a constituit din punct de vedere economic, mijlocul cu deosebire folosit de evrei, pentru exploatarea claselor producătoare.

In vremurile în care rentabilitatea proprietăţilor agricole sau a imobilelor urbane este minimă, dat fiind că Statul a fost obligat în împrejurările excepţionale actuale să fixeze atât preţurile produselor agricole, cât şi a chiriilor, acest beneficiu minim al proprietarului este adesea însuşit de elementul evreesc prin mijlocul tehnic al creanţelor ipotecare.

In atari condiţiuni, producătorul este în multe cazuri un nud proprietar, adevăratul proprietar, socotit astfel din punct de vedere al emolumentului, fiind creditorul evreu.

Proiectul de faţă, ţinând seama de cele mai susarătate, acordă Statului facultatea de a prelua creanţele ipotecare evreeşti.

Este vorba de o simplă facultate, iar nu de o măsură generală, dat fiind caracterele speciale ale acestor drepturi, a căror valoare economică este în funcţiune de condiţiuni subiective, care variază dela caz la caz.

Dispoziţiunile proiectului prevăd normele legale necesare pentru aplicarea în fapt a trecerii în patrimoniul Statului a unora din creanţele evreeşti. S'a căutat, prin precizarea expresă a soluţiunilor urmărite de proiect, să se înlăture posibilitatea unor interpretări deosebite, de câte ori principiile dreptului comun au părut neîndestulătoare, pentru soluţionarea greutăţilor ivite cu prilejul aplicării unei asemenea legi.

In afară de facultatea de a prelua creanţele ipotecare, Statul dobândeşte, prin prezentul decret-lege, dreptul de a decide trecerea în patrimoniul său a oricărui spital sau casă de sănătate, aparţinând evreilor, persoane fizice sau juridice de orice fel.

In aceste vremuri, în care prima grijă a Statului este de a da o cât mai bună asistenţă medicală celor ce luptă pentru realizarea idealurilor naţionale, facultatea de a prelua spitalele şi casele de sănătate evreeşti, îi dă posibilitatea de-aşi îndeplini o sfântă datorie faţă de cei ce îşi pun sănătatea si viaţa în primejdie pentru Patrie.

Primiţi, vă rugăm, domnule Preşedinte, asigurarea înaltei noastre consideraţiuni.

Subsecretar de Stat al românizării, colonizării şi inventarului,

General Adjutant Eugen Zwiedineck

Nr. 14.709. 1941, Septemvrie 18.

Decret-Lege

pentru obligarea evreilor de a contribui la constituirea de stocuri de îmbrăcăminte în interes social.

În Monitorul Oficial a apărut următorul Decret-Lege:

Art. 1. — Evreii majori, bărbaţi sau femei, sunt obligaţi să predea în mod gratuit Statului, efecte civile de îmbrăcăminte, potrivit dispoziţiunilor ce urmează.

Art. 2. — Evreii, în sensul acestei legi, sunt toţi acei născuţi din unul sau ambii părinţi evrei, indiferent dacă el sau părinţii lui au fost botezaţi.

Art. 3. — Cantitatea de efecte ce fiecare evreu este obligat să dea, se fixează proporţional cu suma veniturilor brute anuale cu care este înscris în matricola fiscală pe exerciţiul 1940/1941, după cum urmează:

a) Evreii neînscrişi în matricolele fiscale cu vreun venit, vor preda câte o cămaşe, o pereche de ismene, o pereche de ciorapi, 2 batiste şi un prosop;

b) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit până la 36.000 Lei inclusiv, vor preda pe lângă efectele dela alin. a) şi câte o flanelă de lână, un costum de haine, o pereche de bocanci sau ghete;

c) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit dela 36.001 la 72.000 lei, vor preda câte două rânduri din efectele arătate la alin. a şi b;

d) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit dela 72.001 la 100.000 vor preda câte 3 rânduri din efectele dela alin. a şi b şi în plus câte o pălărie sau căciulă, o pătură de lână pentru învelit, un dos de saltea, un dos de pernă, o faţă de pernă şi un cearceaf;

e) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit dela 100.001 la 200.000 lei, vor preda câte 4 cămăşi, 4 perechi de ismene, 4 perechi ciorapi, 4 batiste, 4 prosoape, 4 flanele 3 costume de haine, 2 perechi de bocanci sau ghete, 2 pălării sau căciuli, 2 paltoane, 2 pături de lână pentru învelit, 2 dosuri de saltea, 2 dosuri de pernă, 2 feţe de pernă şi 2 cearceafuri;

f) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit dela 200.001 la 500.000 lei, vor preda câte 12 cămăşi, 12 perechi ismene, 12 perechi ciorapi, 12 batiste, 12 prosoape, 12 flanele, 4 costume de haine, 4 paltoane, 4 perechi bocanci sau ghete, 4 pălării sau căciuli, 4 pături de lână pentru învelit, 4 dosuri de saltea, 4 dosuri de pernă, 4 feţe de pernă şi 4 cearceafuri;

g) Evreii înscrişi în matricolele fiscale cu un venit peste 500.001 lei, vor preda câte 36 cămăşi, 36 perechi ismene, 36 perechi ciorapi, 36 batiste 36 prosoape, 36 flanele, 12 costume haine, 12 pălării sau căciuli, 12 perechi de bocanci sau ghete, 12 paltoane, 12 pături de lână pentru învelit, 12 dosuri de saltea, 12 dosuri de pernă, 12 cearceafuri; iar pentru fiecare 100.000 lei venit anual peste 600.000 lei, va preda în plus câte 2 rânduri complete din efectele arătate la alin. f.

ART. 4. — Efectele ce se vor preda trebue să fie perfectă bună stare şi de croială bărbătească.

Paltonul şi costumul de haine trebue să fie de lână, iar pălăria de feutru. încălţămintea să fie confecţionată din piele şi talpă.

ART. 5. — Strângerea efectelor dela evrei se va face prin comunitatea evreiască din localitatea respectivă, sau prin cea mai apropiată comunitate de domiciliul său, în termen de 30 zile dela publicarea prezentului decret-lege.

ART. 6. — Fiecare evreu va trebui să predea comunităţii evreeşti respective un certificat eliberat de percepţia sau percepţiile în matricolele cărora se află înscris, din care să se constate venitul total brut anual, provenit din adunarea tuturor veniturilor, cu care este înscris în matricolele fiscale.

Acei care nu sunt înscrişi în matricolele fiscale vor prezenta un certificat constatator că nu sunt înscrişi.

ART. 7. — Comunitatea evreiască primind efectele va elibera o chitanţă, care va cuprinde:

Numele, pronumele şi domiciliul evreului, care a predat efectele.

Venitul brut total anual indicat în certificat şi cantitatea şi felul de efecte predate.

Această chitanţă se va ataşa la buletinul de înscriere la biroul populaţiei.

ART. 8. — Comunitatea evreiască va preda efecte strânse dela evrei în termen de 45 zile dela publicarea prezentutui decret-lege, la Batalionul Administrativ al Comandamentului Teritorial, pe raza căruia se găseşte localitatea respectivă.

Pentru garnizoana Bucureşti, efectele se vor preda la depozitul central de echipament al armatei.

Odată cu efectele, comunitatea evreiască va mai preda:

a) Certificatele originale eliberate fiecăruia evreu de către percepţia fiscală;

b) Un tabel de toţi evreii din localitatea respectivă, semnat de conducătorii comunităţii, care va cuprinde:

Numele şi pronumele tuturor evreilor din localitatea respectivă sau din localităţile în care nu se află comunităţi evreeşti.

Adresa (strada şi numărul).

Venitul total brut anual, cu care este înscris.

Felul şi cantitatea efectelor predate de fiecare evreu, potrivit prezentei legi, în raport cu venitul la care este impus.

Biroul central al populaţiei din localitatea respectivă, va verifica şi atesta pe acest tabel că conţine pe toţi evreii înscrişi în localitate.

ART. 9, — Efeclele predate de comunitate vor fi luate în primire la batalioanele administrative respective de către o comisie, numită de către Comandamentul Teritorial, compusă din ajutorul de comandant al batalionului, ofiţerul cu îmbrăcămintea şi doi delegaţi ai Comandamentului Teritorial.

Această eomisiune va controla cantitatea şi calitatea efectelor predate, putând respinge pe acele care nu corespund condiţiunilor prezentei legi.

Comunitatea evreiască este obligată să completeze în termen de 10 zile dela data înştiinţării scrise, ce i se va face de către comisiune, toate efectele lipsă sau respinse de comisiune.

ART. 10. — Intrebuinţarea efectelor dobândite prin efectul acestei legi, se va face după normele stabilite printr'o decizie ministerială de către Ministerul Apărării Naţionale.

ART. 11. — Toţi acei care se vor sustrage dela aplicarea prezentei legi şi îndeplinirea întocmai a obligaţiunilor ce le incumbă, precum şi cei care vor contribui sub orice formă la eludarea dispoziţiunilor acestei legi, se pedepsesc cu închisoarea corecţională dela 5—10 ani şi amendă dela 100.000—500 000 lei.

Pedeapsa nu se va putea reduce prin aplicare de circumstanţe atenuante.

Pentru îndeplinirea obligaţiunilor prevăzute de această lege de către comunitatea evreiască, vor fi pedepsiţi potrivit alineatelor de mai sus, conducători acesteia.

Competenţa infracţiunilor din prezenta lege se atribue tribunalelor militare.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Bevölkerungsstatistische Daten aus dem Jugoslawischen Banat.

Im Jugoslawischen Banat geben die Daten dreier Volkszählungen von den hauptsächlichen Nationalitäten folgendes Bild:

Nationalität	1910	1921	1931
Serben, Kroaten und	234.678	244.151	273.054
sonstige Südslawen	125.411	138.336	124.735
Deutsche	108.728	101.774	94.714
Ungarn	74.941	72.377	70.220
Rumänen	25.838	25.902	24.199
Sonstige			
Zusammen	569.596	582.540	586.922

Wie viele von den sogenannten „naš narod" (unser Volk) Serben, Kroaten und sonstigen Südslawen, die eigentliche Serben sind, können wir aus der Volkszählung von 1910 genau erfahren, bezüglich der übrigen lässt es sich aus der konfessionellen Verteilung beiläufig ausrechnen.

Die konfessionelle Verteilung ist folgende:

Konfession	1910	1921	1931
griech. orient.	308.113	308.970	333.823
röm. kath.	212.718	224.318	203.042
griech. kath.	1.483	1.754	
Augsb. Konf.	27.582		
reform.	12.127	33.848	40.322
unitar.	81		
isr.	5.924	4.622	
sonstige	1.568	9.028	9.735
Zusammen	569.596	582.540	586.922

Laut Volkszählung von 1910 lebten auf diesem Gebiet 230.959 Serben. Wenn wir von den, in der Volkszählung von 1921 mit 308.970 bezifferten griechisch orientalischen Seelen die 71.148 orient. Rumänen abziehen, (die übrigen 1229 sind griech. kath.), und voraussetzen, dass die als Sonstige angegebenen (25.902) (Mehrzahl Zigeuner) zur Hälfte, also 12.951 ebenfalls griech. orient. Konfession sind, so mag die Zahl der Serben damals 221.363 gewesen sein. In 1931 finden wir bei ebensolcher Berechnung 258.735 Serben. Folglich machten die Serben im Jahre 1931 44% der Bevölkerung dieses Gebietes aus, in 1910 dagegen gaben sie nur etwas mehr als 40% derselben.

Director, girant răspunzător şi proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.